



KOMMENTAR



Von Franziska Grothe

Durch den Zukunftsvertrag

Infolge der Mittelzuweisungen des Rektorats der Uni Leipzig sollen Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfbAs), welche nicht an der universitären Forschung beteiligt sind, ab nächstem Jahr an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät mehr Lehrveranstaltungen halten. Dies wird wohl eine Lehrerbildung mit weniger Forschungsbezug, eine schlechtere Betreuung und überarbeitete Lehrende zur Folge haben. Auch wenn die Stellen der LfbAs nun entfristet werden, scheint die Stellenbeschreibung wenig attraktiv. Zudem gehören zum Aufgabenfeld von LfbAs eher Sprach- und Sportkurse, welche nicht regelmäßig dem aktuellen Forschungsstand angepasst werden müssen. Außerdem: Da die Uni Leipzig die alten Stellen zum Jahresende kündigt und die Neuen zu Januar 2021 besetzt, könnten Studierende in der Abschlussphase keine sichere Betreuung ihrer Staatsexamensarbeit finden.

Mit einem Blick in die Zukunft könnten sich die Folgen dieser Beschlüsse auch in den Schulen bemerkbar machen. Mittelbar drohen ein Qualitätsverlust des Unterrichts und der Schulpädagogik. Erst recht nicht vereinbar ist die Leipziger Umsetzung des Zukunftsvertrags mit den Debatten um Inklusion, Lehrermangel und dem Weg weg vom lehrerzentrierten Unterricht.

*Franziska Grothe ist Studentin der Sonderpädagogik an der Universität Leipzig

Die TU Dresden macht es anders

Während es an der Universität Leipzig, trotz zahlreicher Proteste, ab 2021 zu umfangreichen Neubesetzungen von Stellen kommen soll, ist die Lage an der TU Dresden weniger konfliktreich. Die derzeitigen Stellen sollen für das Jahr 2021 zunächst verlängert werden und laufen nicht am Jahresende aus, wie es an der Universität Leipzig der Fall ist. „Grundsätzlich können Stellenbesetzungen erst erfolgen, wenn auch deren Finanzierung gesichert ist“, erklärt Kim Magister, Pressesprecherin der TU Dresden. Die Universität Leipzig erhielt vorab 15 Millionen Euro zur Verstärkung der Lehrerbildung. Der TU wurde, nach Angabe der Sparkasse, noch kein Voraus-Angebot unterbreitet. Dennoch arbeite man „mit allen Kräften daran, möglichst schnell eine Finanzierungszusage zu erhalten“, erst dann seien Aussagen über endgültige Stellenbesetzungen möglich. *Emily Nemeč*

Campus Leipzig ist ein Gemeinschaftsprojekt der LVZ und des Lehr- und Forschungsbereichs Journalismus der Universität Leipzig, gefördert von der Sparkasse Leipzig. Die Seite wird in der Lehrredaktion Campus produziert. Chefredaktion: Dr. Uwe Krüger. Cheffinnen vom Dienst dieser Ausgabe: Fabienne Kähler, Friederike Pick.



WARUM ANGEHENDE Lehrer und Lehrerinnen auf die Barrikaden gehen



Karikatur: Tobias Möckel

Die Hintergründe zu den Protesten von „Lehre ohne Zukunft“

Stellenkürzungen und Erhöhungen der Lehrverpflichtung an der Universität Leipzig sorgen für Kritik.

Von Emily Nemeč

Mit dem „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“, den Bund und Länder am 6. Juli 2019 beschlossen, steigt die Bundesregierung ab 2021 dauerhaft in die Hochschulfinanzierung ein, die bisher Ländersache war. Bisher wurden die diversen Bildungspakete aus dem sogenannten Hochschulpakt finanziert. Ab dem 1. Januar 2021 werden künftig 1,88 Milliarden Euro bereitgestellt, um „die Qualität von Studium und Lehre an den Hochschulen flächendeckend und dauerhaft“ zu verbessern, wie das Bildungsministerium für Bildung und Forschung am 22. Juli 2019 bekannt gab.

Ab 2024 sollen die Mittel weiter auf 2,05 Milliarden Euro erhöht werden. Zusätzlich zu der Grundfinanzierung von 75 Millionen Euro an Bundesmitteln stellen die Bundesländer Mittel in derselben Höhe bereit. Zwischen Bund und Ländern

werden alle sieben Jahre Verpflichtungserklärungen geschlossen, die Ansätze zur Umsetzung und zum Einsatz der Mittel regeln. So sollen im Freistaat Sachsen die Studienkapazitäten erhalten, die Betreuungssituationen verbessert und die Lehrqualität gesteigert werden.

Vor allem aber sollen Arbeitsstellen entfristet werden. Noch hat der Freistaat Sachsen keine konkreten Angaben zur Verteilung der finanziellen Mittel veröffentlicht. Dennoch wurden der Universität Leipzig bereits knapp 15 Millionen Euro zugesichert, und zwar ausschließlich zur Verstärkung der Lehrerbildung an allen beteiligten Fakultäten. Anhand dessen berechnete die Universitätsleitung die zukünftigen Stellen für das Jahr 2021. Hierbei fallen 7,5 Prozent der derzeitigen Stellen weg. Da trotzdem das gleiche Pensum an Lehrveranstaltungen gewährleistet werden muss, soll diese Stellenkürzung durch

eine erhöhte Lehrverpflichtung ausgeglichen werden. Obwohl alle Fakultäten der Universität Leipzig in der Lehrerbildung partizipieren, bildet insbesondere die Erziehungswissenschaftliche Fakultät das Zentrum zahlreicher Proteste. Mit Forderungen wie „Keine Stellenkürzungen! Keine Erhöhung der Lehrdeputate! Forschungsbasierte Lehre auch im Lehramt!“ setzen sich Studierende und Mittelbauvertreter nun auch landesweit für eine Überarbeitung der Stellenausschreibungen ein.

Zahlenmäßig sieht die Stellenzuweisung an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät wie folgt aus: Derzeit setzt sie sich neben den Professuren aus 46,25 Stellen für Lehrkräfte für besondere Aufgaben, kurz LfbAs, sowie 30 wissenschaftlichen Mitarbeitern, kurz WiMis, zusammen. Diese Verträge werden bis auf ein paar Ausnahmen am Ende des Jahres auslaufen. Für 2021 sol-

len dann 38,0 LfbA-Stellen und 35,5 WiMi-Stellen ausgeschrieben werden. Das Verhältnis von WiMis und LfbAs ändert sich dabei nur geringfügig. Laut Paragraph 2 der Sächsischen Dienstaufgabenverordnung an Hochschulen sollen LfbAs „Lehraufgaben übertragen werden, die nicht unmittelbar forschungsbezogen sind“. Durch diese neue Stellenverteilung wird sich der Arbeitsaufwand der LfbAs von 16 Semesterwochenstunden (SWS) auf 20 SWS erhöhen. In der Praxis bedeutet dies, dass eine Lehrkraft zehn statt acht Seminare à 90 Minuten pro Woche halten muss. Damit werden zukünftig mehr Lehrveranstaltungen von Lehrpersonen geleitet werden, die selbst keine Forschung betreiben. Aufgrund dieser ansteigenden Lehrverpflichtung der LfbAs befürchten Studierende und Vertreter des Mittelbaus einen Rückgang an Forschung und Wissenschaftlichkeit.

„Unglaubliche Überlastung“

Dozierende sehen universitäre Forschung an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät in Gefahr

Der Mittelbau der Universität Leipzig, welcher unter anderem Lehrkräfte für besondere Aufgaben und Wissenschaftliche Mitarbeiter umfasst, ist von den Mittelzuweisungen des Rektorats infolge des Zukunftsvertrages direkt betroffen. Veränderte Stellenbeschreibungen und ein höherer Anteil von Lehrkräften für besondere Aufgaben zu Wissenschaftlichen Mitarbeitern sollen gleichzeitig mit dem Schaffen unbefristeter Stellen einhergehen.

Aus der Sicht des Mittelbaus sind diese Veränderungen allerdings nicht tragbar. Stefanie Wiemer, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät und Mitglied der Mittelbauinitiative der Universität Leipzig, sieht zwar das Schaffen unbefristeter Stellen als einen guten Ansatz, die Umsetzung allerdings fehlerhaft. Ab dem 1. Januar 2021 sollen Lehrkräfte für besondere Aufgaben vier Semesterwochenstunden mehr lehren. Dadurch entstehe laut Wiemer eine „unglaubliche Überlastung, da die Zeit für andere Aufgaben fehlt und die Prüfungslast steigt“. Beate Schücking, Re-

ktorin der Universität Leipzig, argumentiert dagegen in einer Uni-Publikation: „Die Lehrdeputate bei Lehrkräften für besondere Aufgaben können wir aktuell nur mit 20

Semesterwochenstunden ansetzen, um insgesamt das nötige Lehrdeputat zu erreichen. Damit bleiben wir vier Stunden unter der in Sachsen laut DAVOHS, der Sächsi-

chen Dienstaufgabenverordnung an Hochschulen, maximal möglichen Stundenzahl.“ Wiemer bedauert, dass keine Bedenken bezüglich des Qualitätsverlustes aufgrund der veränderten Stellen geäußert wurden, und weist darauf hin, dass die Stellenkategorie der Lehrkräfte für besondere Aufgaben laut dem Sächsischen Hochschulfreiheitsgesetz nicht für wissenschaftliche Lehre vorgesehen sei.

Lehrkräfte für besondere Aufgaben sind demnach eher in stark vereinheitlichten Ausbildungsabschnitten einzusetzen. Wiemer weist darauf hin, dass die Universität „keine Berufsschule“ sei und die Erziehungswissenschaftliche Fakultät so jahrelang auf einem veralteten Forschungsstand bleiben könnte, weil zu viele Lehrende keine Zeit hätten zu lesen und zu forschen. Thomas Ottlinger, Lehrkraft für besondere Aufgaben in der Grundschuldidaktik Sachunterricht, bezeichnet dies als „Beschneidung der Forschung“ und einen „bedauerlichen Schritt für eine Universität mit über 600jähriger Geschichte“.

Franziska Grothe



Am 15. Juli versammelten sich Lehrende, Studierende und andere Betroffene vorm Dresdner Landtag, um die Erhöhung des Lehrdeputats zu protestieren.

FOTO: PRIVAT

„Anonyme Abfertigung“

Lehramtsstudierende befürchten Einbußen in der Qualität ihres Studiums

„Die größte Problematik bringt kurzfristig gesehen der Umbruch mitten im Wintersemester 2020/2021 mit sich“, erklärt Regina Bechtold, Mitglied des Fachschaftsrats Erziehungswissenschaften (FSR EW). Denn die Verträge der Dozierenden laufen zum Jahreswechsel aus und nicht alle Stellen werden erhalten bleiben. Das bedeutet einen Wechsel der Seminarleitung mitten im Semester. Die Prüfungen müssen Studierende dann bei unbekanntem Nachfolgern ablegen. Das Schreiben einer wissenschaftlichen Arbeit, zum Beispiel der Abschlussarbeit für das Staatsexamen, ist schon jetzt eine Herausforderung, weil eine betreuende Lehrperson gefunden werden muss, die noch bis zur Fertigstellung an der Uni angestellt ist.

Langfristig findet der Fachschaftsrat insbesondere problematisch, dass die Lehre hauptsächlich von Lehrkräften für besondere Aufgaben getragen werden soll, deren Lehrdeputat sich zukünftig noch erhöht. Darunter leide zum einen der Forschungsbezug in den Seminaren und zum anderen verschlechtere sich dadurch der Betreuungsschlüssel von Dozierenden zu Studierenden. „Wir wollen keine anonyme Massenabfertigung, sondern die Möglichkeit, mit unseren Dozierenden in bereichernden Kontakt zu treten“, sagt Jenny Trabhardt, ebenfalls Mitglied des FSR EW. Außerdem brauche man wissenschaftsbasierte Lehre, um angemessen auf die Aufgaben und Herausforderungen in dem Beruf vorbereitet zu werden. Das sei mit der geplanten Umsetzung des Zukunftsvertrags nicht zu leisten.

Friederike Pick

DREI FRAGEN AN ...

„Entfristung ist positiv“



Prof. Dr. Thomas Hofsäss, Prorektor für Bildung und Internationalen an der Uni Leipzig

Weshalb ist eine Erhöhung des Lehrdeputats der Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfbAs) notwendig?

Die LfbAs werden jetzt unbefristet beschäftigt. In der entsprechenden Verordnung ist das Lehrdeputat mit maximal 24 Semesterwochenstunden (SWS) Lehre pro Woche bemessen; die Ausschreibungen werden mit 20 SWS erfolgen. Es gibt aber auch noch wissenschaftliche Mitarbeiter und Professuren, die für den Aufwuchs der Studienplätze in den Lehramtsstudiengängen eingesetzt werden. Insgesamt wird es uns somit gelingen, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln gute Lehre zu bieten.

Bisher leistet eine Lehrkraft für besondere Aufgaben 16 SWS.

Rechnen Sie durch den Mehraufwand mit einem Qualitätsverlust in der Lehramtsausbildung?

Ich bin der Überzeugung, dass mit guter Steuerung auch gute Lehre gemacht werden kann. Dazu müsste man auch das Curriculum der Lehramtsausbildung überdenken, zum Beispiel, ob die aktuelle Anzahl der zu betreuenden Prüfungen angemessen ist.

Sind Sie mit dem ausgearbeiteten Stellenprofil zufrieden?

Alle neuen Verträge werden unbefristet sein, das ist eine positive Entwicklung. Das zweite aus dem Zukunftsvertrag resultierende finanzielle Paket steht zudem noch aus und wird neue Möglichkeiten schaffen.

Emily Nemeč und Friederike Pick